

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 22. Juli 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 1 Mk. die fünfgepaaltene Zeile; Anzeigen-, Verlags- und alle sonstigen Reichsanzeigen 5 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 84

An unsre Mitglieder!

Die erste Generalversammlung unsres Verbandes ist vorüber. In langwierigen Beratungen und Sitzungen sind die Richtlinien aufgestellt, sind die Grundlagen gelegt worden zu der in nächster Zukunft zu leistenden Arbeit. Die Statuten sind mehrfachen Veränderungen unterstellt, das Beitrags- und Unterstützungsweisen ist so weit als möglich den veränderten Geldverhältnissen angepaßt worden. Weiterhin ist allvierteljährlich diese Anpassung durch den Vorstand zu vollziehen. Die weitere Mitarbeit bei den Arbeiten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Graphischen Bundes, des Internationalen Buchdruckersekretariats ist festgelegt worden, bezüglich des evtl. Zusammenschlusses der vier graphischen Verbände zu einem Industrieverband ist beschlossen worden, die Meinung der gesamten Mitglieder einzuholen, demgemäß ist Urabstimmung über diese Frage bestimmt worden. Diese wird voraussichtlich im Herbst d. J. mit der Urabstimmung über den neu zu befristenden Tarifabschluß stattfinden. In der Tariffache hat die Generalversammlung erneut festgelegt, daß an der Tarifgemeinschaft und an der zentralen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen festzuhalten sei, die Generalversammlung hat sich auch, ohne sich nach irgendeiner Seite festzulegen, bereit erklärt, dem von der Prinzipalität gewünschten Organisationsabschluß des Tarifs näherzutreten; sie hat demgemäß auch die notwendigen Festlegungen getroffen für die Vorarbeiten zu dem Umbau und die Neugestaltung des Tarifs und für den evtl. Abschluß. Dabei hat die Generalversammlung erneut auf die diesbezüglich von der Nürnberger Generalversammlung gefaßten Beschlüsse verwiesen und damit u. a. auch wiederum bekundet, daß die von der ordnungsgemäßen Vertretung der Gehilfenschaft eingegangenen Abmachungen und Verpflichtungen streng zu beachten sind und danach zu handeln ist. Lokale Bewegungen, die mit diesen Abmachungen nicht in Einklang stehen, sind als nicht im Interesse der Allgemeinheit gelegen betrachtet und als unzulässig erklärt worden. Den Sparten ist weitestgehende Unterstützung zugesagt worden, dabei wurde aber auch vorausgesetzt, daß die Spartenbewegung sich innerhalb des Ganzen bewegt, und daß insbesondere auch tarifliche Sonderwünsche nur auf legalem, ordnungsgemäßem Instanzenwege zum Austrag gebracht werden.

Manche Fragen von weittragender Bedeutung für unsre Organisation sind noch zur Erörterung gekommen und die notwendigen Beschlüsse sind gefaßt worden; es soll hier nur auf unsre Lehrlingsabteilung, auf den Bildungsverband, auf den Punkt Pressfreiheit, auf den gegenwärtigen Stand der Technik verwiesen werden, überall trat die volle Anteilnahme der Generalversammlung an diesen Punkten zutage.

In diesen langwierigen Verhandlungen und Beratungen ist wieder Klarheit geschaffen, ist wieder die Grundlage gelegt worden zu der Arbeit auf organisatorischem und tariflichem Gebiet. Auch das neue Lohnabkommen ist von der Generalversammlung nach eingehender Beratung gebilligt und damit für die Gesamtgehilfenschaft auch von der obersten Instanz unsres Verbandes für verbindlich erklärt worden. Der Schlußruf der Generalversammlung klingt aus in den Ruf nach sachlichem Zusammenarbeiten, klingt aus in den Ruf nach Einigkeit! Möchte in dieser ernsten Zeit dieser Ruf verstanden und gewürdigt werden, möchte der Einigkeitgedanke in unsrer Organisation eine gute Heimstätte finden und möchten die Grundlagen jeder Arbeiterorganisation, und nicht zuletzt der unsrigen: Solidarität, Kollegialität und Disziplin, neu begründet und gefestigt werden. Dann können wir alle leichteren Herzens in die düster scheinende Zukunft blicken, und die wiedergewählte Verbandsleitung wird im Vertrauen auf die Unterstützung aller an die neue Arbeit gehen — zum Nutzen und Frommen der Mitglieder wie der Organisation!

Berlin, 17. Juli 1922

Der Vorstand

Neuzeitliche Lohnfragen

Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ nimmt in ihrer Nr. 57 vom 18. Juli d. J. unter der Überschrift „Die neuen Löhne“ zu dem Verlauf und dem Ergebnisse der letzten Tarifausschussung in einer Weise Stellung, die uns veranlaßt, von unsrer zunächst beabsichtigten Zurückhaltung in dieser Frage Abstand zu nehmen. Wenn wir auch weitgehendes Verständnis dafür haben, daß das Prinzipalsorgan infolge seiner seit längerer Zeit in seinen Spalten üblich gewordenen Annäherung an arbeiterfeindliche Rechtsbegriffe auf tariflichem Gebiete grobe Not hat, seinen Lesern das Resultat der diesmaligen Tarifausschussung verständlich zu machen, so glauben wir doch im Interesse der Gerechtigkeit, wie sie im Motto des Deutschen Buchdruckerartils zum Ausdruck kommt und bis zum Ablauf dieses Tarifs noch Gültigkeit hat, diese Darstellung nicht unwidersprochen lassen zu dürfen. Das sind wir nicht nur den bisherigen Grundrissen der Tarifgemeinschaft von Treu und Glauben sowie den darin enthaltenen Begriffen „gerecht und billig“ im allgemeinen schuldig, sondern auch dem Begriffe der Vertragstreue auf unsrer Seite. Wir wissen wohl, daß seit längerer Zeit diese Begriffe auf Prinzipalsseite ebenso stark im Werte gesunken sind wie die deutsche Valuta, daß man glaubt mit juristischer Wortklauberi mangels sachlicher Gründe über die Not der Zeit hinwegwolligen zu können. Es ist dies das typische Merkmal sozialer und kultureller Unfähigkeit, wie es nicht nur im Untergang unsres Gewerbes, sondern ganz allgemein als Charakteristikum privatrechtlicher Staatsoberhaupter Mode geworden ist. Die wahrlich unglückliche Wobolatenpolitik hat auch in unserm Land ihre Parallelen in dem unverantwortlichen Treiben formaler Buchstabenpapieren gefunden, die nun die Volks- und Weltwirtschaft ebenso zu verbrennen beginnen, wie es die Russenpolitik imperialistischer und privatrechtlicher Couraue auf dem Gebiete der Politik bisher fertig gebracht haben.

In dieser Richtung stellt die eingangs erwähnte Stellungnahme der „Zeitschrift“ ein geradezu typisches Beispiel vollständiger Verkennung von Ursachen und Wirkungen auf tariflichem Gebiet im deutschen Buchdruckergerbe dar. Bezeichnend ist es vor allen Dingen, daß nach der „Zeitschrift“ die „drohende Reichstagsauflösung und ihre für unser politisches und wirtschaftliches Leben unabsehbaren Folgen“ die letzten Verhandlungen des Tarifausschusses beeinflusst hätten. Soweit die Gehilfenvertreter dabei in Frage kommen, ist daran kein wahres Wort. Für sie war einzig und allein die Notlage der Gehilfenschaft maßgebend. Nur von dieser beeinflusst, hatten sie ihre Forderung aufgestellt, hatte auch die Generalversammlung unsres Verbandes ihr Einverständnis damit erklärt. Daß nur die wirtschaftliche Not für die Gehilfenschaft maßgebend sein konnte, bewies ja gerade der Berliner Streik, der trotz der unbestreitbar kritischen politischen Situation auch für die Arbeiterklasse und nicht nur für das Unternehmertum ausgebrochen war. Wenn nach Ansicht der „Zeitschrift“ das „Weitererschließen der Zeitungen als dringend wünschenswert angesehen werden mußte“, so hätten speziell gewisse Ratgeber der Berliner Zeitungsverleger alle Ursache gehabt, dieser Dringlichkeit durch eine vernünftige Verständigung mit der Berliner Gehilfenschaft Rechnung zu tragen. Sie haben aber sowohl vor dem Reichsarbeitsministerium wie auch noch eingangs der Tarifausschussverhandlungen von dieser Einsicht nicht das geringste merken lassen. Denn gerade die Forderung der Wiederaufnahme der Arbeit in Berlin, bevor überhaupt in Verhandlungen über die Forderungen der Gehilfenschaft eingetreten werden sollte, war weit weniger von der Erkenntnis politischer Notwendigkeit des Erscheinens der Zeitungen getragen, als von der Auffassung eines Herrendünkels, dem in Betracht der wirtschaftlichen Notlage der Gehilfenschaft von unserm Standpunkt aus geradezu eine unmoralische Nötigung innewohnte.

Und das ist der springende Punkt. Die Grundlage der ganzen Tarifgemeinschaft beruht auf Treu und Glauben,

d. h. die beiderseitigen Bestrebungen sollen gerecht sein. Gegenüber der ungeheuren wirtschaftlichen Notlage der Gehilfenschaft, auf die von Prinzipalsseite in den letzten Jahren nie in gerechter Weise Rücksicht genommen wurde, bildete diese Forderung eine geradezu aufreizende und jedem sozialen Verständnis direkt widersprechende Zumutung. Die gewissenhafteste Vertragsstreue muß Schiffbruch leiden, wenn deren Voraussetzungen, unter denen ein Vertrag abgeschlossen wurde, sich derart verändern, wie dies durch die stetig sinkende Lebenshaltung der Gehilfenschaft in den letzten Jahren infolge der sozialen und wirtschaftlichen Engstirnigkeit der Mehrzahl der Prinzipalsvertreter im deutschen Buchdruckergewerbe geschehen ist. Wer sich allerdings nur an den Buchstaben des Tarifsklammers und nicht auch an dessen moralische Grundlage bezüglich der beiderseitigen Pflichten und Rechte denkt, sich von Haus aus schließlich auch dessen gar nicht bewußt sein kann, der wird dies allerdings nie verstehen.

Die Faltung unserer Organisation und alle Gehilfenvertreter haben trotz dieser Not das menschenmöglichste getan, um den gewerblichen Frieden zu erhalten. Sie und alle auf Arbeiterseite, die wissen, wie notwendig die Aufrechterhaltung und ein möglichst unge störter Fortgang der Produktion ist, bedauern solche Störungen. Aber sie sind auch nicht so gefühllos, um nicht zu verstehen, daß Treu und Glauben nur auf einem Boden bestehen können, der die Voraussetzungen dazu bietet. Und daran fehlte es in den letzten Jahren innerhalb der Tarifgemeinschaft mehr und mehr. So bedauerlich daher auch vom Standpunkt einer zentralistisch organisierten Gewerkschaft aus die verschiedenen wilden Lohnbewegungen und insbesondere die Berliner waren, weil dadurch die Kräfte der Arbeiterschaft zerstückelt und gefährdet werden, so müssen wir doch jenen Kreisen, die infolge ihrer durch und durch unsozialen Lohnpolitik in Prinzipalskreisen solche Katastrophen in erster Linie verschuldet haben, das Recht absprechen, darüber zu Gericht zu sitzen. Sie selbst gehören auf die Anklagebank; sie, die von der Gehilfenschaft selbstlose Pflichterfüllung fordern, ihre eigene Pflichterfüllung auf dem Lohngebiet aber auf ein Minimum reduzierten, daß Not und Verzweiflung in die Familien der deutschen Buchdrucker einkehrten, daß selbst der Reichshändler und das Reichsarbeitsministerium ihre größte Verwunderung über die niedrige Entlohnung der deutschen Buchdrucker aussprachen. Es ist daher eitel Spiegelscherelei, wenn die „Zeitschrift“ schreibt: „Die Gehilfenschaft suchte die Situation zu ihren Gunsten auszunutzen.“ Wir sind der Meinung, daß die Prinzipalsität gar kein Recht hat, der Gehilfenschaft einen solchen Vorwurf zu machen. Denn die Prinzipalsität hat in den letzten Jahren in geradezu unverantwortlicher Weise nicht nur die Notlage der Gehilfenschaft, sondern auch deren Vertragsstreue ausgenutzt. Daß dadurch die Notlage immer größer und die Vertragsstreue immer schwächer wurde, war sowohl die Ursache für die Forderung der Gehilfenvertreter wie auch für die schließliche Erkenntnis auf Prinzipalsseite, daß sie diesmal unbedingt tiefer in den Beutel greifen mußte als bisher. Daß es erst dieser bösen Erfahrungen bedurfte, ist kein Ruhmesdiplom für die Strategen auf Prinzipalsseite. Und wenn sich die Berliner Prinzipalsität die Verlustrechnung der letzten Wochen beliebt, dann wird sie un schwer erkennen, daß sie weit billiger weggekommen wäre, wenn sie den berechtigten Forderungen der Gehilfenschaft zugänglicher gewesen wäre und dem Formalitätszauber starker Männer auf ihrer Seite weniger Sympathie entgegengebracht hätte. Es wäre unartig, wenn man das Vorgehen der Berliner Gehilfenschaft nicht als Tarifbruch bezeichnen würde; jedoch ebenso falsch wäre es, wenn man vor dessen Ursachen den Stopp in den Sand stechen wollte. Wir leben beides; verurteilen aber auch beides. Aber wenn wir auch diesmal wieder sehen und lesen müssen, daß die „Zeitschrift“ mit keinem Funken Einsicht der großen Notlage der Gehilfenschaft gedenkt, sondern nach allen möglichen politischen oder sonstigen weltfremden Gründen für die diesmalige Forderung und Faltung der Gehilfenschaft sucht, dann müssen wir schon sagen, auf solchem Boden wird die Tarifgemeinschaft zu einem lächerlichen Anflug oder gar nur zu einem unmoralischen Bedamnel für privatkapitalistische Profitinteressen herabgewürdigt.

Was nützen den Lesern der „Zeitschrift“ alle schalen Hinweise auf angeblich unstatthafte Forderungen der Gehilfenschaft, was alle Veremalen auf die Eigenart und Notlage des Gewerbes, wenn sie trotz dieser gequälten Argumentationen schließlich doch tiefer in den Beutel greifen müssen, um den gewerblichen Frieden zu erhalten. Eine solche Gewerdepolitik ist einfach nicht ehrlich! Sie bedeutet nicht nur für die Gehilfenschaft eine sorgloseste Beleidigung, sie bedeutet auch für die deutschen Buchdruckerelbhaber eine bewußte Forderung, über die schließlich auch die gewagtesten juristischen Einreden nicht mehr hinweghelfen können. Wer als Unternehmer nicht mehr in der Lage ist, die Vorkosten seiner Produktion, und zu diesen Vorkosten gehören in erster Linie die Erhaltungskosten der dafür erforderlichen menschlichen Arbeitskräfte, einzubringen oder zu decken, der hat weder ein geschäftliches noch ein moralisches Recht,

auf Kosten anderer Arbeitskräfte zu existieren. Er hat dann nur noch das eine Recht, seinen „Unternehmerberuf“ an den Nagel zu hängen und sein Brot auf andern Wege zu verdienen wie jeder andre Arbeiter auch, und mit diesen zu kämpfen oder zu leiden als Mensch unter Menschen. Die Produktion selbst wird dadurch wohl vereinzelt in Schwankungen geraten, aber noch lange nicht aus den Angeln gehoben. Sie wird im Gegenteil auf solchem Wege nur von Parassiten befreit, die die Arbeiterschaft ausbeuten und trotzdem nur die Produktion verteuern, weil solche „Unternehmer“ total unfähig sind, dem kulturellen Fortschritt auch in der Produktion zu dienen. Das möge sich die Redaktion der „Zeitschrift“ ganz besonders hinter die Ohren schlagen, weil sie zum Schluß glaubt, der Gehilfenschaft bevorstehende Produktionsstörungen und daraus resultierende Arbeitslosigkeit als Schreckmittel gegen Lohnhöhungen androhen zu müssen. Vorläufig handelt es sich für die Gehilfenschaft darum, in der Gegenwart zu leben; was später kommt, muß erst abgewartet werden. Jedenfalls wird sich auch in Zukunft die Arbeiterschaft ihrer Haut zu wehren wissen und, insbesondere durch die Erfahrungen der Vergangenheit und Gegenwart gewöhnt, schon wissen, was sie zu tun hat. Die letzten Jahre haben gerade uns Buchdrucker gezeigt, daß wir, angehts der großen Opfer, die die Gehilfenschaft dem Gewerbe schon gebracht hat, am allerwenigsten Ursache haben, irgendwelche Dankeschuld abzutragen. Man verschone uns also mit derartigen kindlichen Brobungen und verzichte im Prinzipalslager vor allen Dingen auf ein tarifliches Pagodentum, sondern erkenne im Arbeiter den Menschen als Gleichberechtigten und nicht als Paragraphenobjekt. Erst dann werden sich neue und bessere Wege finden, die für das gesamte Gewerbe von Nutzen sein können. (Schluß folgt.)

Tagung des Tarifausschusses für das Schriftgießereigewerbe

Am 19. Juli tagte in Berlin der Tarifausschuß für das Schriftgießereigewerbe, um eine Differenz, die in Hamburg bestand, zu schlichten, und um Feststellungen und Umrechnungen vorzunehmen, die sich auf Grund des seit dem 10. Juli 1922 geltenden Lohnabkommens der Buchdrucker für das deutsche Schriftgießereigewerbe notwendig machen.

Bei der am 18. April d. J. vor dem Reichsarbeitsministerium getroffenen Vereinbarung war festgelegt worden, daß die kommende Zulage der Buchdrucker mit einer gewissen prozentualen Erhöhung, auch immer für die Schriftgießereigehilfenschaft-Berlinge haben sollte. Dabei waren für die gelernten und angelernten Arbeiter in Hamburg die gleichen Löhne wie in Berlin festgelegt. Bei den Arbeiterinnenlöhnen bestand gegen früher eine Differenz, gegen die die Hamburger Arbeiterinnen erst-malig am 3. Juli protestiert hatten. Der Tarifausschuß stellte sich nach längerer Aussprache auf den Standpunkt, daß, weil für Berlin und Hamburg die gleichen Mindestlöhne für gelernte und angelernte Arbeiter bestehen, auch die Hamburger Arbeiterinnen dieselben Lohnsätze wie die Berliner Arbeiterinnen erhalten sollen. Diese neuen Lohnsätze für die Hamburger Arbeiterinnen gelten rückwirkend ab 1. Juni.

Zum zweiten Punkte lagen folgende Anträge vor:

1. Antrag der Unternehmer:

Die zu gewährenden Zulagen für die im Akkord arbeitenden Arbeiter und Arbeiterinnen sind in vollen Prozenten auszurüchen, d. h. anstatt 500 Proz., wie bisher, jetzt 1000 Proz. auf den tariflichen Akkordverdienst.

2. Als Dringlichkeitsanträge der Arbeitnehmer:

Zahlung der Zulagen ab 1. Juli; Gleichstellung der Frankfurter Arbeiterschaft mit Berlin; Erhöhung der Löhne der Doppelgänger um 1 M. pro Stunde.

Das Ergebnis der Verhandlung war:

Die neuen Zulagen, wie sie im Buchgewerbe ab 10. Juli bis mit 19. August festgelegt sind, gelten mit 9 Proz. Zuschlag ab 5. Juli. Die Akkordarbeiter und Akkordarbeiterinnen erhalten die gleichen Zulagen wie die Lohnarbeiter bis zum 25. Juli. Ab 26. Juli erhalten die Akkordarbeiter folgende Zuschläge: weitere 200 Proz. auf den tariflichen Akkordverdienst, also im ganzen 700 Prozent, der feste Feuerungszuschlag wird erhöht

bis 21 Jahre	um 158,40 M.	(für die Stunde 3,30 M.)
21—24	„	182,40 „ („ „ 3,80 „)
über 24	„	196,80 „ („ „ 4,10 „)

Akkordarbeiterinnen erhalten weitere 200 Proz. und 100,80 M. auf den Akkordverdienst. Die ab 1. August zu gewährenden Zulagen werden auch bei den Akkordarbeiterinnen auf den festen Feuerungszuschlag gerechnet und gelten dann, da im Schriftgießereigewerbe die Lohnwoche mit dem Mittwoch beginnt, ab 2. August.

Die bestehenden Minderzulagen von 24 M. wöchentlich für jedes Kind bleiben bestehen; die Zulage für die Ehefrau wird von 40,80 auf 52,80 M. erhöht.

Der Antrag der Frankfurter Arbeiterschaft wurde nach eingehender Aussprache an Frankfurt zurückverwiesen, ebenso der Antrag der Doppelmaschinenleger, um für die nächste Tarifausschubung Material zu beschaffen.

An der Sitzung nahmen neben den ordnungsgemäßen Tarifausschubungsmitgliedern aus Berlin, Frankfurt und Leipzig

teil zwei Vertreter der Hamburger Unternehmer; von Arbeiterseite ein Vertreter der Metallarbeiter, ein Vertreter des Hilfsarbeiterverbandes und eine Vertreterin der Hamburger Arbeiterinnen.

Der Verhandlung ging am 18. Juli eine Vorbesprechung der Arbeitervertreter voraus.

Rundschau

Neue tarifmäßige Lohnabkommen. Neue Lohnabkommen, enthaltend die Löhne für Gehilfen, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen (nach Wochen-, Tag- und Stundenlohn berechnet) und das Kostgeld der Lehrlinge. Sind vom Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, zum Preise von 6 M. pro Exemplar bei portofreier Zustellung sofort zu beziehen. (Postfachkonto Nr. 85058 Berlin NW 7.) Vorherige Einlegung des Betrags der Einschubel halber dringend erbeten. Wir empfehlen die Anschaffung dieser offiziellen Lohnabkommen allen Kollegen.

Generalversammlungsbroschüren. Unser den höchst geschmackvoll ausgeführten Broschüren zur ersten Generalversammlung unseres Verbandes in Leipzig nahm das den Delegierten vom Leipziger Gewerkschaftsbund gewidmete Festbuch die erste Stelle ein. Es ist 32 Seiten stark, in drei Farben gedruckt und in einen zweifarbigen Umschlag eingebunden. Um auch weiteren Kollegenkreisen die Möglichkeit zu bieten, das gediegene Festbuch zu erwerben, ist keine Auflage von vornherein etwas höher bemessen worden. Der dafür angelegte Preis ist wesentlich niedriger als der Selbstkostenpreis. Der Vertrieb des Festbuchs wurde vom Leipziger Gewerkschaftsbund dem Bildungsverband übertragen, an dessen Geschäftsstelle (Leipzig, Salomonstraße 8) etwaige Bestellungen (womöglich ortswelse) zu richten sind. Der Preis des Exemplars beträgt 12,50 M., einschließlich Porto. Bei Abnahme größerer Posten tritt entsprechende Ermäßigung ein. Wir möchten nicht verfehlen, Freunden geschmackvoller Broschüren die Erwerbung des Festbuchs zur Leipziger Generalversammlung zu empfehlen.

Messlerprüfung. Vor der Handwerkskammer Aurlch haben die Kollegen F. Hans und W. Böhke in Aurlch die Messlerprüfung bestanden.

Gehilfenprüfungen in Berlin. Gehilfenprüfungen der im Oktober austretenden Lehrlinge: Seher, Drucker, Stereotypsetzer, Galvanoplastiker und Stempelschneider aus den Stadtkreisen Berlin, Berlin-Lichtenberg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Charlottenburg, Neukölln sowie den Landkreisen Ketzow und Nieder-Barnim. Anmeldungen nimmt nur Donnerstags von 3 bis 6 Uhr der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, Herr Buchdruckerelbhaber Alfred Forsberg, in Firma R. Birnbaum, Berlin NO 18, Lichtenberger Straße 17, entgegen. Bei der Anmeldung sind mitzubringen: Ein selbstständig verfaßter und eigenhändig geschriebener Lebenslauf des Prüflings auf Reichsformalbogen, eine Bescheinigung des Lehrherrn, von wann bis wann die Lehrlinge während des Abgangszeugnis der Pflichtfortbildungsschule und die Prüfungsgebühr in Höhe von 50 M. (Sendungen durch die Post nicht zu empfehlen, da nur persönlich abgegebene Gesuche sofort erledigt werden.) Freiwerdende Lehrstellen sind zum Zwecke der Neubewerbung nur der Geschäftsstelle des Vereins Berliner Buchdruckerelbhaber (E. V.) in Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, zu melden.

Schuß der Zeitungsbetriebe gegen Gewerkschaften. Wir berichten bereits, daß der Verein Deutscher Zeitungsverleger in einer Eingabe das Reichsministerium des Innern auf die außerordentlichen Gefahren hinwies, die in Zeiten besonderer politischer Erregung gerade den Zeitungsbetrieben drohen. In gleicher Richtung bewegte sich eine Beschwärde des Vereins Sächsischer Zeitungsverleger, die dieser am 29. Juni dem Ministerpräsidenten des Freistaats Sachsen unterbreitete. In fünf ostfälischen Städten hatten sich Teilnehmer der Rathenau-Kundgebungen am 27. Juni Ausschreitungen gegenüber Verlegern und Redakteuren zuschanden kommen lassen. In der Beschwärde wurde behauptet, die Betreffenden seien in einer Art angegriffen worden, die nur in Lynchanschlügen gegen die schwarze Bevölkerung Amerikas ihresgleichen finde, und daß die Ausschreitungen systematisch vorbereitet gewesen seien. Die sächsischen Zeitungsverleger hatten zum Schluß dem Ministerpräsidenten anheimgestellt, einen Minister in ihre (bevorzugte) Verammlung zu entsenden, damit dieser dort eine Erklärung der Regierung abgebe. Darauf hat die Staatskanzlei auf Veranlassung des stellvertretenden Ministerpräsidenten folgendes geantwortet: „Die Regierung bedauert, daß auf Zeitungsverleger und Schriftsteller Angriffe vorgekommen sind. Sie achtet die Meinungsfreiheit der Presse, wie sie dies auch in ihrem aus Anlaß der Ermordung des Reichsministers Dr. Rathenau an die Reichsregierung gerichteten Telegramm zum Ausdruck gebracht hat. Sie muß aber betonen, daß Meinungsfreiheit nicht ein Recht einschließt, die Regierung oder einzelne ihrer Mitglieder zu beschimpfen. Die in der Presse nicht selten beobachteten Verdächtigungen von Ministern und andern politisch führenden Persönlichkeiten haben mit Meinungsfreiheit nichts zu tun. Ob zu den vorgekommenen Ausschreitungen die Schriftsteller durch den Inhalt ihrer Blätter einen Anlaß gegeben haben, kann die Regierung von Dresden aus nicht ohne weiteres nachprüfen. In jedem Falle verurteilt sie Rechtsansprüche. Gegen solche einzuschreiten, muß aber den örtlichen Dienststellen überlassen bleiben. Die Regierung muß es grundsätzlich ablehnen, durch eines ihrer Mitglieder persönlich in

Verammlungen privater Natur Erklärungen abgeben zu lassen." Sapienti sat!

Aufruf an die Arbeiterschaft. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und die beiden sozialistischen Arbeiterparteien veröffentlichen unterm 18. Juli einen gemeinsamen Aufruf, der zu den vom Reichstag mit Zweidrittelmehrheit erfolgten Annahme der Gesetze zum Schutze der Republik Stellung nimmt. Der Aufruf lautet in seinem Hauptinhalt: Zum Schutze der Republik halten wir euch aufgerufen, als der Weichelmord an Rathenau die Größe und Mähe der monarchistischen Gefahr enthüllt. Vereint seid ihr gekommen und habt in gewaltigen Kundgebungen eure Kampfenstimmigkeit gezeigt. Vom Geiste der Solidarität, vom Willen zur Einigung erfüllt, haben eure Organisations gemeinsam gearbeitet, und vereint worden ist den Kampf fortzuführen. Die erste Phase dieses Kampfes ist jetzt vorüber. Unsere Forderungen zum Schutze der Republik haben Regierung und Reichstag beschliffen. Hier Gesetze sind mit Zustimmung der sozialdemokratischen Parteien verabschiedet. Nicht alles, was wir wollten, ist erreicht. Noch besteht in dem Inbegriffstaate Deutschland der Reichstag eine beträchtliche bürgerliche Mehrheit, und stark war ihr Sträuben gegen durchgreifendere Maßnahmen. Nur der Geschlossenheit eures Volkstums sind Erfolge zu verdanken, und Wichtiges ist trotz allem erzielt worden. Trotz aller Mängel im einzelnen bedeuten die Gesetze in ihrer Gesamtheit eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustande. Die Republik kann jetzt wirksam geschützt, ihre Gegner können lahmgelegt werden, wenn die Regierung Mut, Energie, Entschlossenheit und Zähigkeit bewahrt. Die Gesetze sind da, jetzt kommt alles auf die Ausführung an. Was wir erreicht haben, danken wir unserer Geschlossenheit, unserer Einigkeit. Nur die Einigkeit der Arbeiterklasse sichert die Republik, den besten

Kampfboden für die Durchföhrung des Sozialismus. Das Werk der Einigung ist begonnen. Es muß vollendet werden."

Briefkasten

S. M. in Fr.: Von einer Aufsichtslage gegen die betreffende Berufsgruppe haben in dem Artikel in Nr. 78 gar keine Rede sein. Ihre wie andere Einigungen in gleicher Sache schiefen über das Ziel weit hinaus; insbesondere die vielen persönlichen Epochen gegen den Verfasser dieses Artikels werden außerhalb Fr.s wohl kaum Verständnis finden. Da wir entschlossen sind, solche persönliche Polemiken in Zukunft aus dem Verbandsorgan unbedingt fernzuhalten, müssen wir Ihre Einigung ablehnen. - A. S. in Fr.: Ein Widerspruch liegen die Dinge gerade umgekehrt, der die Geschlossenheit und die große Mehrheit der Kollegen in der Großstadt nicht aus gewerkschaftlicher Disziplin und Solidarität weitestgehende Rücksicht auf die Provinzkollegen nehmen würden, wären die Lohnunterschiede zwischen Großstadt und Provinz noch viel größer. Mehrere sind übrigens relativ überhaupt nicht größer geworden als sie schon im Frieden waren, was wir in nächster Nummer nachweisen werden. Wir müssen daher Ihre Einigung als unzulässig und auch als ungerecht gegen die Geschlossenheit und die Verbändemitglieder ablehnen. Ihre Bemerkungen bezüglich Beitragsleistung sind angesichts der völlig gleichen Rechte im Unternehmensewesen (auch bei statutarisch anerkannten Lohnbewegungen) ganz besonders verfehlt. - A. G. in Fr.: Ihre Einigung beweist uns, daß Sie kein aufmerksamer Leser des "Korr." sind. Sonst müßten Sie wissen, was Geldes sind der Prinzipal Ed. Schulz in Orlowitz. Wir haben vor diesen allen zurücktreten, der mit seinen dummdreisten Angeboten jeden Konflikt stiftenden bombastiert, so oft gewarnt, daß wir ihm nicht noch einen besonderen Artikel zu widmen brauchen. - P. S. in Fr.: Das Manuskript geht Ihnen demnächst wieder zu. Vom Jubiläum selbst nehmen wir in der neu-eingerichteten Rubrik kurz Notiz. - G. C. in Bdg.: Beitrag eingegangen; für selb. Bemühungen besten Dank!

Bekanntmachungen

Erhöhung der Entschädigung für Reichskassenerwähler Durch Beschluß des Vorstandes wird den Reichskassenerwählern für Überleitung eines Reliktes vom 1. August 1922 ab eine Entschädigung von 1 M. gewährt. Berlin, 18. Juli 1922. Der Vorstandsvorsitzende.

Betreffend Statistiken für die Zählung der Arbeitslosen

Die für das Reichsamt für Arbeitsvermittlung bestimmten Statistiken für die Zählung der Arbeitslosen für den Monat Juni 1922 sind von den nachstehenden Orten nicht eingelangt worden: Angermünde, Heiligenberg, Jüterburg, Marienburg, Wehlau, Starogard in Pommern, Genthin, Neubabensleben, Bonn, Gießen, Hanau, Worms, Sülzigen, Kumbach, Mindelheim, Mühlborn, Pfarrkirchen, Vörsch, - Verpöfel eingegangen sind die Statistiken aus Braunschweig, Bamberg und Gera. Berlin. Die Hauptverwallung.

Willingen. (Sautagsdelegiertenwahl) Abgegebenen Stimmzettel 189, ungültig 16. Gewählt sind: Kramer (167), Brubel (162), Böhle (154), Sineiser (147), Medekind (138), Grafmann (130) (87). Bezirk Mühlheim. (Sautagsdelegiertenwahl) Von 208 abgegebenen gültigen Stimmen erzielte: P. Freule (Mühlheim) 203, G. Pirke (Mühlheim) 193, Fr. Horn (Welle) 181, H. Keller (Wölsel) 176, Fr. Buchholz (Einsiedel) 173, A. Wiegert (Wilsdorf) 170, L. Müller (Mühlheim) 150, A. Sünjper (Mühlheim) 113, S. Traumann (Mühlheim) 59 Stimmen. Die gesperrt gedruckten Namen sind die Gewählten.

Münster i. W. Der Schmelzberger Friedrich Winter (Hauptbuchnummer 124067), geb. in Burgfurt am 14. Mai 1898, wird hierdurch aufgeföhrt, seine Karte umgehend an 2. Waller, Bobweg 95, einzulösen, andernfalls Ausschlus beantragt wird.

Verammlungskalender

Frankfurt a. M. Maschinenlehreverammlungen Sonntag, den 30. Juli, vormittags 10 Uhr, im "Stempffbräu", Mainhal 33. Frankfurt a. M. Offenberg, Maschinenlehreverammlungen Freitag, den 28. Juli, nachmittags 5 Uhr, im "Stempffbräu", Mainhal 33. Arelfeld. Verammlung heute Samabend, den 22. Juli, im "Volksbau", Breite Straße 25. Göttingen. Verammlungen Sonntag, den 30. Juli, vormittags 10 Uhr, im "Schönbau" zu Hann.-Münden. Offenbach a. M. Maschinenlehreverammlungen Sonntag, den 23. Juli, vormittags 10 Uhr, im "Erbacher Hof", Donnstraße.

Wir suchen zum alsbaldigen Eintritt einen durchaus gewissenhaft arbeitenden, möglichst auch etwas im Lesen von fremden Sprachen bewanderten

Azidenzkorrektor und Revisor Reflektanten belieben sich unter Vorlage von Zeugnissen und Empfehlungen bei unserm Faktor zu melden. Max Kahn & Co., Buchdruckerei und Zeitungsverlag, Mannheim, H 2, 2.

Monotypgießer gewissenhafter und zuverlässiger Arbeiter, der Gewähr für einwandfreien Satz übernimmt und vorkommende Eödrungen selbst besorgen kann, nach Thüringen in dauernde, sehr gut bezahlte Stellung gesucht. Ebenso ein Sezer für D-Staffer mit guten Leistungen und längerer Praxis. Angebote unter Nr. 208 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeien.

Illustrations- u. Farbendrucker gewissenhafter und laibterer Arbeiter in Zurechtung und Druck, baldigst nach Thüringen in dauernde, gut bezahlte Stellung gesucht. Angebote unter Nr. 209 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeien. Wir suchen zum möglichst sofortigen Eintritt für besseren Werk- und Plattenruck zwei wirklich tüchtige und erfahrene

Maschinenmeister (Saugerapparat-Kenner!). Buchdruckerei Otto Regel, G. m. b. H., Leipzig, Lange Straße 22.

Dauerstellung Perfekter Sezerstereotypen firm im Maternschlagen und Plattenkorrektur, sofort gesucht. Goffr. Pöy, Naumburg a. d. S.

Galvanoplastiker und Stereotypen findet dauernde Stellung bei Wilhelm Wirth, Spezialfabrik für Galvanos und Stereotypen, Dresden, Semmlinstraße 20, 22.

Ein Höhefräser ein Komplettgießer für Küllermannsche Maschine in gut bezahlte Stellung zum baldigen Eintritt gesucht. Ludwig Wagner, Schriftgießerei, Leipzig, Wabelsbergerstraße 1a.

Langjährig erfahrener Linotypschadmänn mit Montage, Aufarbeitung und Reparatur aller Modelle bestens vertraut, auch hervorragender Sezer, sucht, mit besten Zeugnissen und Referenzen versehen, bald oder später entsprecheuden Posten. Angebote unter Nr. 248 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeien.

Meister 31 Jahre alt, verheiratet, ohne Familie, sucht für sofort Stellung als Text- oder Anzeigenmeister einer sicheren Zeitung oder Zeitschrift. Offerten erbeie an Wilhelm Gehroldt, Jüterburg (Ostpr.), Theaterstr. 2 II. Arbeitsfreudiger, fleißiger, junger Meister tüchtig und zuverlässig, ledig, im 25. Lebensjahre, vorw. Drucker, auch in Satz, Kalkulation, Bedienung der Ausfallschreibmaschinen, Buchführung vorgebildet, zur Zeit in leitender Stellung, sucht zum 1. Oktober oder früher Stellung als Buchhaltungsleiter, Faktor, ledig, Vetter oder sonst. Vertrauensstellung. Gest. Off. unter R. 33 nach Hildesheim b. Magdeburg, "Hotel Wasse".

Junger Maschinenmeister sucht sich zu verändern. Selbiger hat gute Erfahrung an Schnell- und Kegeleindruckpressen. Norddeutschland bevorzugt. Angebote sind zu richten an Kurt Köster, Sagen i. W., Urndorfstraße 13.

Inseratenbuchhalter mit schriftlicher und mündlicher Propaganda vertraut, und Typographsezer für neuauflage U-B-Maschine gesucht. Keine Anstellungsstellen. "Volkszeitung für Winterpommern", Köstlin.

Tüchtiger Typographsezer für Universals-B-Maschine in dauernde Stellung gesucht. Buchdruckerei Witz, Starb jun., Neue Rheinland. Wir suchen einen Maschinenmeister für Zeitung (Doppelmaschine) u. Abgabenz. Genossenschaftsdruckerei m. b. H., Nordhausen. Für unsere Monotypschad-Abteilung suchen wir für D-Staffer tüchtige, im russischen Satz erfahrene

Schriftsezer Gest. Offerten mit Wohnangabe an Ohlenrothsche Buchdruckerei Georg Richters, Erfurt.

Tüchtiger, zuverlässiger Maschinenmeister der auch in der Bedienung des Siegels und im Mehrfarbendruck bewandert ist, eventuell Schmelzberger, für sofort gesucht. Otto Thiele, Buch- und Kunstdrucker, Halle a. d. S., Leipziger Straße 61, 62.

Tüchtiger Linotypsezer sofort gesucht. "Deutsche Reichszeitung", Bonn a. Rh., Südf 1.

Tüchtigen Illustrationsdrucker für Zweifelhochmaschine suchen J. S. Press, Verhältnisse für Zeichnung und Kunstdruck, Berlin S 14, Dresdener Straße 43.

Zwei Jüngere Azidenzsezer (Anzeigensezer) suchen bald Stellung Gest. Off. an Fr. Weber, Delmold, Ranyische Straße 59.

LEIPZIG JÜNGERER TÜCHTIGER AKZIDENZSETZER WÜNSCHT SICH ZU VERÄNDERN! ANGEBOTE UNTER „ALTENBURG 238“ AN DIE GESCHÄFTSSTELLE DIESES BLATTES, LEIPZIG, SALOMONSTR. 8, ERBETEN. Schriftsezer 23 Jahre alt, ledig, sucht Stellung. Gest. Offerten erbeien unter M. L. postlagernd Göttingen.

Junger, 22-jähriger Schriftsezer wegen Arbeitsmangel in gekündigter Stellung, sucht sofort Kondition. Gest. wohtin! Beste Angebote erbeiet Fr. Dollter, Plungstadt (Sachsen), Kirchstraße 68.

Junger, 20-jähriger, tüchtiger Schriftsezer in allen Scharfen bewandert, sucht sofort Stellung, am liebsten, wo ihm Gelegenheit geboten ist, sich an der Schlußmaschine auszuüben. Gest. Angebote erbeiet J. Matthei, Stanzgrün (O.-Schl.), Familienbau 25 b.

Vorwärts! Junger Schriftsezer welcher eventuell an Schnellpresse und Kegele ausbeiben kann, sucht Stellung für sofort. Gest. Angebote unter O. H. 233 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Salomonstraße 8, erbeien.

Stuttgart! Junger, fleißiger Schriftsezer 20 Jahre alt, bewand. im Werks-, Inserat- u. Abgabenzab, sucht in Stuttgart oder Mannleit Stellung. Gest. Angeb. erbeien an Gottlieb Gilling, Räcknang b. Stuttgart, 237 Köppenberg 5.

Arbeitsfreudiger, vorwärtsstrebender Schriftsezer 26 Jahre alt, ledig, sucht zum 31. Kull oder später Stellung. Gest. Offerten erbeien an Georg Zwigg, Schneidemühl, Neue Bahnhofstraße 4.

Junger, vorwärtsstrebender Schriftsezer 19 Jahre alt, in allen Scharfen bewandert, sucht sofort Stellung. Angebote erbeiet Johannes Witz, Wittenstein-G., Wolfenbüttelstraße 5.

Winkelhaken Geschäfte, Schließzeuge, Anlegemarken liefert St. Siegel, München 9.

Schriftsezer 23 Jahre alt, ledig, sucht Stellung. Gest. Offerten erbeien unter M. L. postlagernd Göttingen.

